

Globale Verantwortung und Solidarität stärken

Aus der Corona-Krise lernen

Die aktuelle weltweite Pandemie wirft ein grelles Licht auf bestehende Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten, in unserer eigenen Gesellschaft, aber noch viel mehr auf globaler Ebene: Wer arm ist, auf zu engem Raum wohnt, unter prekären Bedingungen arbeitet, digital abgehängt ist, keinen Zugang zu einem funktionierenden Gesundheitssystem hat, den trifft die Krise mit ungebremster Wucht. Wo der Klimawandel die Lebensgrundlagen zerstört, Raubbau an der Natur unseren ressourcenintensiven Lebensstil nährt, Regierungen ihrer Verantwortung nicht gerecht werden, Menschenrechte nicht beachtet werden, dort ist man dem Virus und den negativen Folgen der Schutzmaßnahmen noch viel mehr ausgeliefert.

Die Pandemie zeigt deutlich, wie wichtig das Denken und Handeln jenseits nationaler oder regionaler Egoismen ist, von welcher zentraler Bedeutung internationale Zusammenarbeit und Solidarität sowie die Beteiligung von gemeinwohlorientierter Zivilgesellschaft sind, um effektiv und effizient auf die Herausforderungen reagieren zu können. An vielen Orten, weltweit, und oft in berührender Weise, wurde solidarisches Engagement sichtbar. Gleichzeitig verstärkten sich Nationalchauvinismus, Wagenburgmentalität und die Ausgrenzung vermeintlich Fremder.

Darum halten wir es für dringend geboten, dass Baden-Württemberg für die Zukunft klarere Weichen stellt: für mehr globale Verantwortung und Solidarität.

Die Agenda 2030 der Vereinten Nationen für eine weltweit nachhaltige Entwicklung umsetzen

Die Agenda 2030 mit ihren 17 Zielen (Sustainable Development Goals, SDGs) gibt klare Eckpunkte für diese Weichenstellung. Sie verknüpft soziale Gerechtigkeit und ökologische Tragfähigkeit, staatliche Verantwortung und zivilgesellschaftliche Beteiligung, und fordert auf zu einer **sozialökologischen Transformation unserer Gesellschaften**, auf allen politischen Ebenen, auch in den Bundesländern und Kommunen. Baden-Württemberg hat die Leitsätze der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes entsprechend überarbeitet und damit auch Akzente für globale Verantwortung verstärkt. Die konkreten Ziele der einzelnen Ressorts spiegeln diese Akzente jedoch nicht ausreichend wider. Die Landespolitik muss hier konsistenter und deutlicher an Nachhaltigkeit und globaler Verantwortung ausgerichtet werden.

Die Entwicklungspolitischen Leitlinien für Baden-Württemberg umsetzen

Die Entwicklungspolitischen Leitlinien für Baden-Württemberg wurden 2013 vom Landtag in großer Einmütigkeit fraktionsübergreifend angenommen. Sie benennen wichtige Grundsätze und Handlungsfelder dieser globalen Verantwortung des Landes, wie die folgenden Zitate aus dem ersten Kapitel „Grundsätze der Entwicklungspolitik“ zeigen:

„Entwicklungspolitische Verantwortung wahrzunehmen ist ein wesentliches Element einer an Nachhaltigkeit ausgerichteten Landespolitik. Entwicklungspolitik ist deshalb in Baden-Württemberg mehr als eine freiwillige Landesaufgabe und liegt im gemeinsamen Interesse aller Beteiligten. Eine Entwicklungspolitik, die ökologische, soziale und wirtschaftliche Tragfähigkeit mit kultureller Selbstbestimmung, gewaltfreier Konfliktkultur und demokratischer Partizipation verknüpft, ist eine Zukunftsinvestition, die den Menschen in Baden-Württemberg ebenso zugutekommt wie den weltweiten Partnerinnen und Partnern.“

„Unsere Lebensweise und das globale Wirtschaftssystem führen zu sich verschärfenden ökonomischen, ökologischen und sozialen Krisen. Sie sind geprägt von einem nicht vertretbaren Ressourcenverbrauch, rasantem Klimawandel und ungerechten Welthandelsstrukturen. Sie vergrößern die Schere zwischen Arm und Reich und bedrohen die Lebensgrundlage vor allem in ärmeren Regionen der Welt.“

„Entwicklungspolitik ist eine Querschnittsaufgabe in allen Politikfeldern des Landes. Viele politische Maßnahmen in Baden-Württemberg, die zu den Kernaufgaben der Fachministerien gehören, haben entwicklungspolitische Auswirkungen: die Gestaltung der Bildungspläne, die Internationalisierungsstrategien der Hochschulen, die Energiewende und die Nachhaltigkeitsstrategie, die Integrationspolitik und der interkulturelle Dialog, die Verbesserung der Situation von Geflüchteten in Baden-Württemberg, die öffentliche Beschaffung und Außenwirtschaftsförderung, die Verbraucherpolitik und die Förderung von Bürgerengagement, die Personalentwicklung der Landesbediensteten etc.“

„Das besondere Kennzeichen der Entwicklungspolitik in Baden-Württemberg ist die Vielfalt der Akteurinnen und Akteure und das breite bürgerschaftliche Engagement. Weit über tausend Initiativen und Organisationen sind in Baden-Württemberg entwicklungspolitisch aktiv... Eine zentrale Aufgabe der Entwicklungspolitik des Landes besteht deshalb darin, bürgerschaftliches Engagement und zivilgesellschaftliche Strukturen zu unterstützen sowie die Vernetzung und Qualifizierung der unterschiedlichen entwicklungspolitischen Akteurinnen und Akteure zu fördern.“

Im Folgenden die zentralen Handlungsfelder und konkrete Forderungen des DEAB:

1. Bürgerschaftliches Engagement für globale Gerechtigkeit und Solidarität fördern, bestehende Strukturen sichern

In Baden-Württemberg gibt es eine Vielzahl an Akteur*innen und ein hohes bürgerschaftliches Engagement in Bezug auf globale Gerechtigkeit und Solidarität. In den vergangenen Jahren wurden Strukturen aufgebaut und finanzielle Mittel bereitgestellt, die dieses Engagement fördern. Denn bürgerschaftliches Engagement braucht Unterstützung – durch Beratung, Vernetzung, Qualifizierung, finanzielle Unterstützung, aber auch Dialog und Kooperation mit staatlichen und kommunalen Stellen und Einrichtungen. Dafür setzt sich der DEAB als landesweiter Dachverband der Eine Welt-Initiativen und -Organisationen ein, in ganz besonderer Weise im Rahmen des Bund-Länder-finanzierten Eine Welt-Promotor*innen-Programms mit 19 Eine Welt-Promotor*innen bei 15 Trägerorganisationen im Land.

Die Verortung des Handlungsfelds Globale Verantwortung (bisher Entwicklungszusammenarbeit) im Staatsministerium hat sich bewährt, um sie als Querschnittsaufgabe in allen Ressorts der Landesregierung zu stärken und zu koordinieren. Sie muss personell und finanziell weiter gestärkt werden, um Profil und Wirkung entfalten zu können.

Der Rat für Entwicklungszusammenarbeit, der paritätisch staatlich und nichtstaatlich besetzt ist, hat seit seiner Einsetzung 2013 die Landesregierung beraten und die Vernetzung und eine bessere strategische Ausrichtung im Dialog mit der Landesregierung und untereinander vorangetrieben.

Die finanzielle Förderung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten durch das Staatsministerium, vor allem durch das Förderprogramm „bwirkt!“ bei der Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg, sowohl für die Bildungsarbeit als auch für internationale Kooperationen, hat sich ebenfalls bewährt, es ist jedoch regelmäßig erheblich überzeichnet.

Die Gemeinnützigkeit zivilgesellschaftlicher Mitwirkung an der politischen Willensbildung steht seit dem Urteil des Bundesfinanzhofs zur Gemeinnützigkeit des Attac-Trägervereins in Frage; weitere Organisationen haben inzwischen ihre Gemeinnützigkeit verloren. Dabei wird deutlich, dass gesellschaftlich wichtige Entwicklungsziele nicht durch das Gemeinnützigkeitsrecht erfasst werden, z.B. der Einsatz für die Menschenrechte und die Agenda 2030. Das schafft erhebliche Unsicherheiten für die Akteur*innen im Land, die sich für globale Verantwortung und eine nachhaltige Entwicklung einsetzen und sich damit auch an politische Entscheidungsträger*innen wenden.

Konkrete Forderungen

- **Die Förderlinie „bwirkt!“ bei der Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg sichern und ausbauen**
Die Förderlinie soll weiterhin sowohl Bildungsarbeit hier als auch internationale Kooperationen und Projekte unterstützen. Darüber hinaus sollten Ko-Finanzierungsmittel bereitgestellt werden, um Mittel anderer Geber (Bund, EU etc.) für das Land oder Akteur*innen im Land zu hebeln.
- **Das Eine-Welt-Promotor*innen-Programm im Haushalt fest verankern und ausbauen**
Es unterstützt und initiiert wirkungsvoll das bürgerschaftliche Engagement in den Bereichen Globale Verantwortung und Nachhaltige Entwicklung durch Beratung, Vernetzung und Qualifizierung und befördert die Umsetzung der entwicklungspolitischen Leitlinien des Landes.
- **Den DEAB als Landesnetzwerk der zivilgesellschaftlichen Akteur*innen im Bereich Globale Verantwortung strukturell fördern**
Er vertritt die Anliegen der Zivilgesellschaft und ist fachlicher Ansprechpartner für die Landesregierung in Fragen globaler Verantwortung.
- **Lotteriemittel zur Förderung von zivilgesellschaftlichen Aktivitäten für globale Verantwortung und global nachhaltige Entwicklung zur Verfügung stellen**
Anders als in einigen anderen Bundesländern wird dieser Bereich zivilgesellschaftlichen gemeinnützigen Engagements in Baden-Württemberg bisher nicht berücksichtigt.
- **Gemeinnützigkeitsrecht reformieren**
Das Land Baden-Württemberg soll sich in der Länder-Finanzministerkonferenz und im Bundesrat für eine zeitnahe Änderung des Gemeinnützigkeitsrechts einsetzen, die klarstellt, dass die Mitwirkung der Zivilgesellschaft an der politischen Willensbildung gemeinnützig ist und die gemeinnützigen Zwecke auf das Eintreten für die Menschenrechte und nachhaltige Entwicklung ausdehnt werden.

2. Teilhabe von migrantischen und diasporischen Organisationen und Akteur*innen fördern

Etwa 25 Prozent der Baden-Württemberger*innen haben eine (familiäre) Migrationsgeschichte. Viele dieser Menschen prägen mit ihrer Expertise und ihren Kompetenzen seit Jahrzehnten die Arbeit im Bereich Globale Verantwortung maßgeblich mit. Sie engagieren sich sowohl in der Bildungsarbeit, etwa durch Angebote des Globalen Lernens, als auch in internationalen Kooperationen und entwickeln innovative Formate, um globale Gerechtigkeit und Solidarität zu verwirklichen.

In den letzten Jahren wird dieses Engagement zunehmend wahrgenommen und findet immer mehr Anerkennung, so auch in den Entwicklungspolitischen Leitlinien des Landes Baden-Württemberg. Hier heißt es: „Ziel der Landesregierung ist eine Gesellschaft der kooperativen Vielfalt, die eine gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen unabhängig von ihrer jeweiligen geographischen, sozialen oder ethnischen Herkunft ermöglicht. Dazu besteht jedoch konkreter Handlungsbedarf. Die Landesregierung setzt sich dafür ein, die positiven Wirkungen einer Vernetzung von Entwicklung und Migration gewinnbringend zu nutzen: für die Stärkung des Engagements für globale Verantwortung der Entwicklungspolitik, die Verbesserung der interkulturellen Kompetenz sowie für die Förderung der Integration.“

Nach wie vor stehen viele migrantische und diasporische Akteur*innen vor Hürden, beispielsweise beim Zugang zu finanziellen Fördermitteln, bei der Einbindung in Gremien oder durch die Studiengebühren für ausländische Studierende. Die kritische Auseinandersetzung mit rassistischen Denk- und Verhaltensweisen in unserer Gesellschaft sowie mit der Wirkmacht kolonialer Kontinuitäten ist eine unerlässliche Voraussetzung für eine migrationsgesellschaftliche Öffnung im Bereich Globale Verantwortung und Basis für eine gleichberechtigte Zusammenarbeit.

Konkrete Forderungen

- **Das Interkulturelle Promotor*innen-Programm im Land finanziell absichern**
Das Interkulturelle Promotor*innen-Programm wurde 2020 als Pilotprojekt zur Stärkung der professionellen Teilhabe migrantischer und diasporischer Akteur*innen im Bereich Globale Verantwortung und gesellschaftlicher Zusammenhalt gestartet. Es soll dauerhaft im Land etabliert werden.
- **Migrantische Expertise einbeziehen**
Die Landesregierung soll sich dafür einsetzen, dass die Expertise und jahrzehntelange Erfahrung von Menschen mit Migrationsgeschichte in allen Bereichen globaler Verantwortung mit einbezogen wird. Hierzu soll u.a. der laufende Dialog zwischen Staatsministerium und den migrantischen und diasporischen Akteur*innen fortgeführt und verstetigt werden, damit diese ihre Kompetenzen auf Landesebene einbringen können.
- **Teilhabe durch rassismuskritische Sensibilisierung stärken**
Eine machtkritische Auseinandersetzung mit kolonialen Kontinuitäten ist unerlässliche Basis für die Teilhabe migrantischer und diasporischer Organisationen im Bereich Globale Verantwortung. Die Landesregierung soll deshalb Angebote zur rassismuskritischen Sensibilisierung für alle Akteur*innen im entwicklungspolitischen Bereich fördern.
- **Zugangshürden zu Förderungen für migrantische und diasporische Akteur*innen abbauen**
Der Zugang für engagierte Migrant*innenvereine aus dem Bereich Globale Verantwortung zu finanziellen Fördermöglichkeiten soll verbessert werden. Dazu müssen spezifische Zugangshürden abgebaut werden, z.B. durch die Einbindung von Expert*innen aus migrantischen und diasporischen Vereinen bei der (Weiter-)Entwicklung von Vergabekriterien. Auch in die Vergabegremien von Hochschulstipendien für ausländische Studierende sollen Studierenden-Vertreter*innen aus dem Globalen Süden eingebunden sein.

3. Globales Lernen / Bildung für eine Nachhaltige Entwicklung stärken und strukturell verankern

Globales Lernen und entwicklungspolitische Bildung sind eine Kernaufgabe einer Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE). Sie fördern Kompetenzen zur Mitgestaltung einer weltoffenen, solidarischen, friedlichen und zukunftsfähigen Gesellschaft.

Bei der Umsetzung einer Bildung im Sinne des SDG 4 ist das Land Baden-Württemberg ein wichtiger Akteur, Bildung ein explizites Handlungs- und Gestaltungsfeld des Landes. Die Entwicklungspolitischen Leitlinien fordern, Globales Lernen innerhalb und außerhalb der Schule zu fördern. Die Bestandsaufnahme „Afrika im Blick“ konstatiert, dass in Schule und Lehrerfortbildung an einem modernen Afrikabild gearbeitet werden muss und verlangt u.a. den systematischen Einbezug von BNE und Globalem Lernen in Unterricht und Lehrkräfteausbildung, die Förderung außerschulischer Maßnahmen und den Auf- und Ausbau von Schulpartnerschaften.

Eine aktive Auseinandersetzung mit kolonialen Kontinuitäten, Rassismus und Antisemitismus und die Stärkung einer kritischen Weltbürgerschaft sind Inhalte einer umfassenden BNE. Akteur*innen aus dem Globalen Lernen und der entwicklungspolitischen Bildung leisten hier seit Langem wertvolle Arbeit.

Die Leitperspektive BNE in den Bildungsplänen bietet Anknüpfungspunkte für eine qualitative und quantitative Verankerung des Lernbereichs Globale Entwicklung in der schulischen Bildung.

Einen weiteren zentralen Rahmen bildet die BNE-Gesamtstrategie des Landes, die wesentliche Bereiche der formalen und nonformalen Bildung einschließt (Frühkindliche Bildung, Schule, Berufliche Bildung, Hochschule, Kinder- und Jugendbildung, Zivilgesellschaft, Kommunen). Unter Mitarbeit von Akteur*innen aus allen diesen Bereichen und abgestimmt mit allen Ressorts der Landesregierung zeigt sie notwendige Maßnahmen auf, um BNE in die Breite zu bringen und strukturell zu verankern. Eingebettet ist dieser Prozess auf nationaler Ebene in den Nationalen Aktionsplan BNE sowie international in das UNESCO-Weltaktionsprogramm BNE mit dem ab 2020 startenden Folgeprogramm „ESD for 2030“.

Zur Gestaltung eines sozial, ökologisch und ökonomisch nachhaltig agierenden Baden-Württemberg und für eine erfolgreiche Verankerung von Globalem Lernen und BNE braucht es ein klares Bekenntnis der Landesregierung zur Umsetzung der Ziele der BNE-Gesamtstrategie. Dabei ist die Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteur*innen für eine erfolgreiche Umsetzung unabdingbar.

Konkrete Forderungen

- **Kapazitäten für eine erfolgreiche Implementierung der BNE-Gesamtstrategie schaffen**
Insbesondere das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport und das Umweltministerium sowie zentrale Akteur*innen der Zivilgesellschaft wie das Entwicklungspädagogische Informationszentrum EPiZ als Haus des Globalen Lernens in Baden-Württemberg müssen mit ausreichend personellen und finanziellen Ressourcen ausgestattet werden, um Globales Lernen und BNE qualitativ zu entwickeln und quantitativ auszubauen.
- **Kooperationen mit der Zivilgesellschaft ermöglichen und fördern**
In der BNE-Gesamtstrategie geforderte Maßnahmen wie die Rahmenvereinbarung des Kultusministeriums mit dem DEAB und anderen Verbänden über die Kooperation von außerschulischen Akteur*innen mit Schulen sowie die Wiederbelebung des Netzwerks „Nachhaltigkeit lernen“ mit Akteur*innen aus Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft sind wichtige Instrumente für erfolgreiche Kooperationen und Abstimmungs- und Begleitprozesse im Kontext der Umsetzung der BNE-Gesamtstrategie.
- **BNE in der Aus- und Fortbildung pädagogischer Fachkräfte der formalen Bildungsbereiche (frühkindliche Bildung, Schule, Hochschule) strukturell verankern**
Die strukturelle Verankerung von Aus- und Fortbildungsmaßnahmen sichert die Entwicklung von Kompetenzen und damit die professionelle Handlungsfähigkeit pädagogischer Fachkräfte zur Implementierung von Globalem Lernen und BNE als Querschnittsthemen einer zeitgemäßen Bildung. So wird u.a. eine ganzheitliche Umsetzung der in den Bildungsplänen der allgemeinbildenden Schulen formulierte Leitperspektive BNE als Kernthema einer zukunftsfähigen Bildung sichergestellt. Die Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteur*innen und deren Expertise erhöht die Qualität dieser Prozesse.

- **Außerschulische Lernorte stärken / finanziell fördern**

Außerschulische Lernorte sind Orte, die durch ihre Gestaltung, Ausstattung und Bildungsangebote Lernprozesse im Sinne des Globalen Lernens und der BNE vor Ort ermöglichen und Kooperation mit lokalen Akteur*innen fördern. Handeln für eine zukunftsfähige, gerechte Welt kann ganzheitlich erlebt und erprobt werden. Baden-Württemberg verfügt beispielsweise über ein Netzwerk an Globalen Klassenzimmern, die wichtige Bestandteile regionaler Bildungslandschaften sind.

4. Globale Verantwortung an Hochschulen stärken

Hochschulen stehen in besonderer Verantwortung, unsere Zukunft nachhaltig und gerecht zu gestalten: Sie bilden die künftige Führungselite aus und betreiben Spitzenforschung in allen denkbaren Disziplinen. Die baden-württembergische Hochschullandschaft zeichnet sich im Bundesvergleich sowohl durch ihre Vielfalt als auch durch die hohe Qualität ihrer Leistungen aus. Um dieser Vorreiterrolle weiterhin gerecht werden zu können, sollten sich Hochschulen noch stärker in Bezug auf Nachhaltigkeit engagieren, auch in globaler Perspektive. Dazu braucht es geeignete Anreizsysteme für Wissenschaft und Forschung sowie Investitionen in Forschungsvorhaben, die sich an Nachhaltigkeit in globaler Verantwortung orientieren.

Es gibt in Baden-Württemberg einige Fair Trade Universities, und Studierendenwerke richten ihre Verkostung an nachhaltigen Kriterien aus. Manche Einzelinitiative setzt sich für interkulturellen Austausch, einen grüneren Campus oder Energieeinsparung ein. In vielen Studiengängen werden Umwelt- und Menschenrechtsaspekte thematisiert. Doch viele Anstrengungen bleiben vereinzelt und sind nicht systematisch verankert.

Die Hochschulen im Land internationalisieren sich zunehmend. Dies entspricht den Anforderungen einer globalisierten Welt hinsichtlich zeitgemäßer Lehre, Forschung und transnationalem Dialog. Gleichzeitig stärkt ein breites Spektrum an Partnerschaften, transnationalen Forschungsprojekten, Gastwissenschaftler*innen und Herkunftsnationalitäten von Studierenden die Hochschulen im Wettbewerb um Forschungsgelder, Studierende und Mitarbeitende. Im Sinne globaler Verantwortung sollten sich die Hochschulen bei ihren Internationalisierungsprojekten verstärkt Partner*innen im Globalen Süden zuwenden. Die Bestandsanalyse „Afrika im Blick“ macht dazu konkrete Vorschläge.

Globale Krisen wie der Klimawandel und globale Rahmenwerke wie die SDGs fordern von den Hochschulen weitaus größere Anstrengungen als bisher. Oft dringen wissenschaftliche Erkenntnisse nicht in die Bevölkerung durch. Hochschulen sollten deshalb stärker mit zivilgesellschaftlichen Akteur*innen zusammenarbeiten, die in dieser Hinsicht eine Scharnierfunktion wahrnehmen können. Dabei kann es nicht um reinen Transfer gehen, sondern um Kooperationen auf Augenhöhe.

Konkrete Forderungen

- **Die SDGs in Wissenschaft und Lehre integrieren**

Als globales Rahmenwerk muss die Agenda 2030 in Hochschulen prominent thematisiert und bearbeitet werden, um einen Beitrag zu ihrer weltweiten Umsetzung zu leisten.

- **Die Kolonialgeschichte Baden-Württembergs aufarbeiten**

Insbesondere die Kolonialgeschichte Baden-Württembergs in Burundi als dem Partnerland von Baden-Württemberg muss aufgearbeitet und die Ergebnisse veröffentlicht werden, um postkoloniale Kontinuitäten bewusst zu machen, abzubauen und damit eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe zu ermöglichen.

- **Studierende und Mitarbeitende an Hochschulen zu postkolonialen Kontinuitäten schulen**

Die mit internationalem Austausch befassten Mitarbeitenden und Studierenden sollen Schulungen zu

postkolonialen Auswirkungen auf Wissenschaft, Forschung und Lehre sowie zu diskriminierungssensiblen Ansätzen wahrnehmen können. Solche Trainings sollten an allen baden-württembergischen Hochschulen angeboten werden und integraler Bestandteil aller internationalen Vorhaben werden.

- **Studiengebühren für Studierende aus dem Globalen Süden abschaffen**

Hochschulen leben von internationalen akademischen Diskursen. Akademiker*innen und Studierende aus dem Globalen Süden tragen maßgeblich zu diesen Diskursen bei. Studiengebühren stellen für sie eine große Hürde dar. Daher sollte die Landesregierung die Studiengebühren Studierender aus dem Globalen Süden streichen.

- **Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und organisierter Zivilgesellschaft fördern**

Es sollten Anreizsysteme geschaffen und ausgebaut werden, die die Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und der organisierten Zivilgesellschaft im Bereich Nachhaltigkeit und SDGs befördern, wobei zivilgesellschaftliche Akteur*innen dabei in Bezug auf Ziele, Planung und Zugang zu finanziellen Mitteln als gleichberechtigte Partner*innen behandelt werden müssen.

5. Gerechtes Wirtschaften in den planetaren Grenzen

Unser Wirtschaftssystem ist nicht zukunftsfähig. Soziale und ökologische Kosten werden systematisch auf andere abgewälzt, zum Beispiel auf den Globalen Süden und nachfolgende Generationen. Die Überwindung von Ungerechtigkeit in der Weltwirtschaft ist eines der zentralen Anliegen des DEAB. Die Frage, wie wir die planetaren Grenzen respektieren und damit die Grenzen des Wachstums anerkennen können, gewinnt dramatisch an Bedeutung. Global verantwortliches Wirtschaften muss beides sein: gerecht und zukunftsfähig. Der Faire Handel der Weltläden zeigt, dass das möglich ist.

Das Konzept der Nachhaltigkeit und die Agenda 2030 mit den 17 Globalen Nachhaltigkeitszielen setzen einen anerkannten normativen Rahmen für Politik und Gesellschaft, der den Auftrag für zukunftsfähiges Wirtschaften, für die Durchsetzung der Menschenrechte und für globale Gerechtigkeit klar benennt. Und die entwicklungspolitischen Leitlinien für Baden-Württemberg fordern die Landespolitik auf, ihre weltweite Mit-Verantwortung für eine ökonomisch, ökologisch und sozial tragfähige Gestaltung der Zukunft wahrzunehmen.

Wir erwarten von der künftigen Landesregierung ein deutliches Bekenntnis zu dieser Mit-Verantwortung und eine konsequente Orientierung des Regierungshandelns an dem Ziel, die Wirtschaft – in Baden-Württemberg selbst und in globaler Perspektive – gerecht und zukunftsfähig zu machen. Dazu gehören Rahmenbedingungen und Anreize für Unternehmen im Land, die Wahrnehmung einer Vorbildfunktion, wo die Landesregierung selbst als wirtschaftlicher Akteur auftritt, die Förderung des Fairen Handels und anderer Ansätze solidarischer Ökonomie sowie das Eintreten für gerechtes und zukunftsfähiges Wirtschaften auf Bundes- oder europäischer Ebene.

Konkrete Forderungen

- **Die öffentliche Beschaffung im Land konsequent am Schutz der Menschenrechte und der Umwelt ausrichten**

Mit der VvW Beschaffung besteht dafür eine gute Grundlage. Um die nachhaltige Beschaffung voranzubringen, sollen anspruchsvolle Ziele formuliert, ein Monitoringsystem für die Umsetzung implementiert, Schulungsangebote für Beschaffer*innen auf Landes- und kommunaler Ebene ausgebaut und eine Landeskompetenzstelle für nachhaltige Beschaffung eingerichtet werden.

- **Menschenrechtliche und umweltbezogene Standards im eigenen wirtschaftlichen Handeln des Landes durchsetzen**

Das betrifft etwa Unternehmen mit Landesbeteiligung oder die Anlage staatlicher Gelder. Erste Ansätze dafür, wie die GWÖ-Bilanzierung einzelner öffentlicher Unternehmen oder die Anwendung Nachhaltigkeitskriterien in der Versorgungsrücklage des Landes, sollen ausgeweitet werden.

- **„Afrika im Blick“ für Zukunftsthemen öffnen**

Wir begrüßen die angestrebte Weiterentwicklung der wirtschaftlichen Kooperationen mit Partner*innen in Afrika durch die Förderung innovativer Formate, die die wirtschaftliche Entwicklung in Baden-Württemberg und in afrikanischen Ländern voranbringen und mit Zukunftsthemen wie „Gerechte Handelsbeziehungen“ und „Nachhaltiges Wirtschaften“ verknüpfen.

- **Auf Bundes-, europäischer und internationaler Ebene verbindliche Regeln zum Schutz der Menschenrechte in der Wirtschaft unterstützen**

Die Landesregierung soll verbindliche Regelwerke und zielführende Maßnahmen zum Schutz und zur Durchsetzung der Menschenrechte in der Wirtschaft unterstützen. Aktuell betrifft das ein deutsches und im zweiten Schritt ein europäisches Lieferkettengesetz und den auf UN-Ebene verhandelten Binding Treaty on Business and Human Rights.

- **Keine Zustimmung zu internationalen Handelsverträgen, die Entwicklung, demokratische Rechte, Sozial- oder Umweltstandards gefährden**

Die Landesregierung soll internationalen Handelsverträgen nur dann zustimmen, wenn selbstbestimmte Entwicklungspfade der Partnerländer dadurch nicht behindert werden, keine Investor-Staat-Schiedsgerichte vorgesehen sind und die Umwelt sowie Menschen- und Arbeitsrechte wirksam geschützt, demokratische Standards eingehalten und anspruchsvolle nationale Regelungen nicht unterlaufen werden. Das betrifft insbesondere das europäisch-kanadische Wirtschaftsabkommen CETA und das EU-Mercosur-Abkommen.

6. Internationale Vernetzung und Kooperationen fördern

„Nachhaltig handeln in Baden-Württemberg heißt, im Rahmen der Globalisierung Verantwortung für eine faire Entwicklung zu übernehmen, die Stärken Baden-Württembergs international einzubringen und die verschiedenen Akteursgruppen in ihrem entwicklungspolitischen Engagement zu unterstützen.“ So lautet der Leitsatz 10 in der Nachhaltigkeitsstrategie Baden-Württembergs. In der Tat engagieren sich im Land sehr viele Bürgerinnen und Bürger, überwiegend ehrenamtlich, in Kooperationen mit Partner*innen in Ländern des Globalen Südens. Ganz im Sinne der Agenda 2030 übernehmen sie gemeinsam mit ihren Partner*innen in Afrika, Asien und Lateinamerika globale Verantwortung und leisten einen wichtigen Beitrag für eine nachhaltige Entwicklung weltweit. Die ideelle und finanzielle Unterstützung dieser Partnerschaftsgruppen seitens der Abgeordneten und des Landtags Baden-Württembergs sind daher unverzichtbar.

Viele Partnerorganisationen im Globalen Süden sind in den letzten Jahren zunehmend Zielscheiben von Repressionen geworden, da sie sich für Menschenrechte und den Schutz der natürlichen Ressourcen einsetzen oder soziale und demokratische Rechte einfordern. Immer häufiger werden ihre Handlungsspielräume eingeschränkt („Shrinking Spaces“).

In Bezug auf unseren Nachbarkontinent Afrika begrüßen wir die empfohlenen Kernmaßnahmen von „Afrika im Blick“. Dabei schließen wir uns ausdrücklich der folgenden Empfehlung an: „Für die Kooperation auf Augenhöhe ist der Dialog und Austausch entscheidend. Der Dialog sollte bei allen Aktivitäten im Vordergrund stehen. Konkrete Kooperationsprojekte sollten sich an den Bedarfen aller beteiligten Partner*innen orientieren und gemeinsam entwickelt werden. Als gemeinsame Zukunftsherausforderung

sollte das Thema Nachhaltigkeit im Sinn der Agenda 2030 das handlungsleitende Thema einer vertieften Kooperation mit Afrika sein.“

Konkrete Forderungen

- **In internationalen Beziehungen und Reisen die Agenda 2030 aktiv einbringen**
Das Land soll in seinen internationalen Beziehungen, Partnerschaften und Delegationsreisen die Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele der UN berücksichtigen und aktiv einbringen. Zivilgesellschaftliche Akteur*innen aus dem Bereich Globale Verantwortung sollen beteiligt werden.
- **Partnerschaften mit Akteur*innen im Globalen Süden ausweiten**
Internationale Partnerschaften von Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung sowie Land und Kommunen mit Akteur*innen des Globalen Südens sollen ausgeweitet und als Ideenräume für nachhaltige Lösungen globaler Herausforderungen gefördert werden. Dabei soll eine Auseinandersetzung mit postkolonialen Kontinuitäten erfolgen, um eine gleichberechtigte Zusammenarbeit zu ermöglichen.
- **Schulpartnerschaften ausweiten und fördern**
Partnerschaften mit Schulen in Ländern des Globalen Südens ermöglichen gemeinsame Lernprozesse für ein zukunftsfähiges Zusammenleben. Sie sollen darum ausgebaut und personell wie finanziell besser unterstützt werden.
- **Personelle und finanzielle Ressourcen für Partnerschaften bereitstellen**
Die Partnerschaftsvereine und Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit sollen durch den Ausbau der Förderlinie „bwirkt!“ gestärkt werden, um ihre qualitative und quantitative Weiterentwicklung zu unterstützen.
- **Die Landespartnerschaft mit Burundi fortsetzen und ausbauen**
Dazu sollen das Kompetenzzentrum Burundi bei der Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg gestärkt und Schulmaterialien zum Partnerland Burundi inklusiv rassismus- und machtkritischer Perspektiven erarbeitet werden. Es muss eine stärkere Zusammenarbeit mit der burundischen Diaspora erfolgen und der Aktionsplan der UN-Dekade für Menschen afrikanischer Abstammung zur Bekämpfung von Ungleichheit und Rassismus umgesetzt werden.
- **Visa Situation verbessern**
Das Land soll sich auf Bundesebene für Verbesserungen in der Visaerteilung einsetzen, um internationale Partnerschaften sinnvoll und zuverlässig gestalten zu können.

7. Schutzsuchende willkommen heißen, die Migrationsgesellschaft gestalten

Ende 2019 waren weltweit 79,5 Millionen Menschen auf der Flucht. Bürgerkriege, Klimakatastrophen, Armut, Perspektivlosigkeit oder Diskriminierungen sind häufige Ursachen dafür, dass Menschen ihre Lebensgrundlage verlieren, ihr Zuhause verlassen müssen und sich auf die Suche nach einem besseren Leben begeben. Dabei sind 57 % der Geflüchteten Binnenvertriebene in ihren eigenen Ländern, 31 % fliehen in benachbarte Länder. Nur wenige suchen den Weg nach Europa (3,2 %), wiederum ein kleiner Teil der Menschen erreicht Deutschland (1,5 %). Auf ihrer Flucht nehmen die Menschen unglaubliche Risiken auf sich. Allein 2019 ertranken 1.900 Menschen bei der Flucht über das Mittelmeer, insgesamt sind dort seit 2014 mehr als 20.000 Menschen umgekommen. Die Dunkelziffer ist weit höher.

Zahlreiche Fluchtursachen werden hierbei direkt oder indirekt durch politische und wirtschaftliche Interessen auch der europäischen Staaten mitverursacht oder verstärkt. In Baden-Württemberg angekommen, verbringen zahlreiche Geflüchtete eine lange Zeit in großen Sammelunterkünften oder Containern, oft ohne angemessenen Zugang zu Gesundheitsversorgung oder Bildungsangeboten. Innerhalb des Asylverfahrens führen Sprachbarrieren und institutionelle Diskriminierung oftmals dazu, dass Fehlentscheidungen der Sachbearbeitenden getroffen werden. 2019 wurden 41 % der negativen Asylbescheide in Deutschland von Gerichten wieder aufgehoben.

Die Situation von Geflüchteten insbesondere in den griechischen und libyschen Lagern ist katastrophal und verletzt die grundlegendsten Menschenrechte. Auch die Zusammenarbeit der EU mit Drittstaaten wie Libyen, Marokko und Ägypten und illegale Rückführungen durch die Grenzpolizei und Küstenwachen dieser Staaten führen täglich zu Menschenrechtsverletzungen. Dieses Verhalten wird regelmäßig seitens der Zivilgesellschaft dokumentiert und an die deutschen Behörden herangetragen. Darum haben sich [24 baden-württembergische Kommunen](#) (Stand 29.06.2020) selbst zum sicheren Hafen für Geflüchtete erklärt. Sie sind bereit, mehr flüchtende Menschen aufzunehmen, denen aktuell durch bundesdeutsche und europäische Politik der Zugang zum Grundrecht auf Asyl verwehrt wird.

Konkrete Forderungen

- **Ein Landesaufnahmeprogramm für Schutzsuchende aus den griechischen und libyschen Lagern beschließen**
Dieses soll es Kommunen ermöglichen, außerhalb der Resettlementprogramme der Bundesregierung und der Verteilung durch das Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat Menschen aufzunehmen. Die Landesregierung soll sich dafür einsetzen, dass der Nachzug Angehöriger erleichtert wird.
- **Geflüchteten einen besseren Zugang zu Gesundheitsversorgung, Bildung und Arbeit ermöglichen**
Die Landesregierung soll eine Gesundheitskarte für Geflüchtete einführen, anonyme Krankenscheine und Wohnberechtigungsscheine sowie bessere Spracherwerbs-, Bildungs- und Arbeitsmöglichkeiten schaffen.
- **Keine weiteren „sicheren Herkunftsstaaten“ definieren**
Die Landesregierung soll sich für die Einzelfallprüfung der Anträge von Asylsuchenden einsetzen. Für Menschen, die aus angeblich sicheren Herkunftsstaaten nach Baden-Württemberg geflohen sind, wird davon ausgegangen, dass sie keine rechtlichen Grundlagen für eine Bleibeperspektive haben. Diese Regelung hebt die Anerkennung individueller Asylgründe aus.
- **Geflüchteten legale und sichere Einreisewege in die Länder Europas ermöglichen**
Geflüchtete sollen das Recht erhalten, selbst zu entscheiden, in welchem Staat sie einen Asylantrag stellen möchten. Die Landesregierung soll sich auf europäischer Ebene dafür einsetzen, dass die derzeitige Politik der Abschottung gegenüber Geflüchteten auf dem Mittelmeer zugunsten der Seenetzung aufgegeben und das Dublin-System abgeschafft wird.

8. Friedensbildung fördern, Rüstungskonversion vorantreiben

Baden-Württemberg ist ein wichtiges Zentrum für Kriegsvorbereitung und -führung, Rüstungsproduktion und -export. Hier befinden sich zwei der insgesamt sechs US-Kommandozentralen: Das AFRICOM in Stuttgart-Möhringen steuert alle militärischen Einsätze der USA in Afrika (außer Ägypten). Hier werden die Todeslisten für den Einsatz von Kampfdrohnen erstellt. Das EUCOM in Stuttgart-Vaihingen befehligt

die US-Atomwaffen in Europa. Außerdem koordinierte es zum Beispiel die Angriffe gegen den Irak und war federführend am Manöver „Defender 2020 plus“ beteiligt.

Auch in Baden-Württemberg engagieren sich viele Akteur*innen aus Partnerorganisationen des Friedensnobelpreisträgers ICAN für den UN-Atomwaffenverbotsvertrag. Bereits 89 Städte und fünf Landkreise in Deutschland, über 500 Europa-, Bundestags- und Landtagsabgeordnete sowie vier Bundesländer konnten dafür gewonnen werden, sich für dieses Verbot stark zu machen.

Waffen, Munition und Lizenzen zur Waffenproduktion „Made in Germany“ werden in die ganze Welt verkauft. Dabei beliefern baden-württembergische Unternehmen mit Genehmigung der Bundesregierung seit Jahren auch kriegführende und menschenrechtsverletzende Staaten.

Seit dem Aussetzen der Wehrpflicht 2011 intensiviert die Bundeswehr ihre Nachwuchswerbung und sammelt dazu die Daten junger Erwachsener über die Einwohnermeldeämter. Durch Kooperationsvereinbarungen mit Kultusministerien sichert sie sich einen besonderen Zugang zu den Schulen und in die Lehrer*innenausbildung. Jugendlichen wird ein normaler Job versprochen.

Ausgehend von einem Beschluss der badischen Landeskirche setzt sich die Initiative „Sicherheit neu denken“ für ein nachhaltiges und ziviles Deutschland bis 2040 ein. Baden-Württemberg soll zu einem Zentrum des Friedens, der Zivilen Konfliktbearbeitung und der Konversion werden.

Die 2015 eingerichtete Servicestelle Friedensbildung in Trägerschaft des Kultusministeriums, der Landeszentrale für politische Bildung und der Berghof Foundation, unter beispielhafter Beteiligung von 17 Organisationen der Zivilgesellschaft, ist ein Leuchtturmprojekt weit über die Landesgrenzen hinaus. Sie vernetzt, veröffentlicht und setzt viele neue Impulse, z.B. durch Modellschulen.

Konkrete Forderungen

- **Die Servicestelle Friedensbildung im Haushalt verankern**

Die erfolgreiche Arbeit der Servicestelle Friedensbildung bei der Landeszentrale für politische Bildung soll finanziell abgesichert und ausgeweitet werden, um flächendeckende Angebote für die formale und nonformale Bildung zu gewährleisten.

- **Die Kooperationsvereinbarung des Kultusministeriums mit der Bundeswehr aufheben**

Schule soll kein Ort der Nachwuchswerbung sein.

- **Friedensbildung an Hochschulen etablieren**

Es soll eine Professur für Friedensbildung mit entsprechender Ausstattung an einer Universität in Baden-Württemberg eingerichtet werden, damit Friedensbildung ein fester Bestandteil von Forschung und Lehre im Land wird. Außerdem soll Friedensbildung in die Lehrer*innenausbildung an Pädagogischen Hochschulen und Universitäten integriert werden.

- **Rüstungskonversion im Land vorantreiben**

Ein Runder Tisch zur Rüstungskonversion mit Vertreter*innen von Politik, Wirtschaft, Kirchen, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft soll eingerichtet werden, um Rüstungsproduktion in Baden-Württemberg langfristig durch zivile Produktion zu ersetzen.

- **Abrüstung auf Bundesebene vorantreiben**

Das Land soll sich auf Bundesebene für ein Ende des völkerrechtswidrigen Einsatzes von Kampfdrohnen, für einen deutschen Beitritt zum UN-Atomwaffenverbotsvertrag und für ein grundsätzliches Verbot des Exportes von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern einsetzen.

9. Klimagerechtigkeit schaffen

Die größte Herausforderung, vor der die Weltgemeinschaft zurzeit steht, ist die anthropogene globale Erwärmung. Sie bedroht weltweit die Lebensgrundlagen vieler Menschen. Die Auswirkungen unseres heutigen Handelns werden in wenigen Jahren durch die weitere Verschärfung der Klimakrise in ihren verheerenden sozio-ökonomischen und ökologischen Ausmaßen dramatisch spürbar und sichtbar werden. Baden-Württemberg trägt als Industrieland überproportional zum Anstieg der klimaschädlichen Treibhausgase bei und hat daher eine besondere Verantwortung, die eigenen Treibhausgasemissionen noch weitaus stärker zu reduzieren und gleichzeitig die besonders betroffenen Länder des Globalen Südens bei Anpassungen an die Klimarisiken zu unterstützen.

Wenngleich der Klimawandel auch hierzulande bereits spürbare Folgen in Land- und Forstwirtschaft zeigt, sind diese für arme und marginalisierte Menschen im Globalen Süden, die mit ihrer Lebensweise ungleich weniger Treibhausgase freisetzen, besonders gravierend und bedrohlich. Extreme Wetterlagen nehmen zu, es kommt vermehrt zu Dürren, Überschwemmungen und Ernteausschlägen. Abholzung und Brandrodung verstärken den Verlust von fruchtbaren Böden, schaffen kritische Wasserversorgungssituationen und vermindern die Biodiversität. Gleichzeitig wächst der Druck auf indigene Gemeinschaften durch große Infrastrukturprojekte, agroindustrielle Landwirtschaft und invasiven Bergbau. Dabei sind gerade die nachhaltig wirtschaftenden indigenen Gemeinschaften wichtige Akteur*innen für den Schutz und Erhalt der Regenwälder als unverzichtbare Ökosysteme.

Landwirtschaft und Ernährungsindustrie in Baden-Württemberg verursachen erhebliche Treibhausgasemissionen durch ihre hochindustriellen Produktionsweisen sowie durch Importe von Futtermitteln und Agrotreibstoffen. Flächen mit einzigartigen Regenwäldern und Savannen fallen der Soja- und Palmölproduktion zum Opfer. Neben der Gefahr für Klima, Umwelt und Artenvielfalt führt der exportorientierte Anbau von Energiepflanzen in vielen Produktionsländern im Globalen Süden zu Landkonflikten, Menschenrechtsverletzungen und zur Gefährdung der lokalen Ernährungssicherheit. Auch das enorme Exportvolumen von deutschen Produkten aus der Massentierhaltung verursacht große Mengen an Treibhausgasen und verdrängt in Ländern des Globalen Südens die für lokale Märkte erzeugten regionalen Produkte nachhaltig wirtschaftender Produzent*innen.

Konkrete Forderungen

- **Die Erreichung der Pariser Klimaziele muss für die Landesregierung höchste Priorität in der Ausrichtung ihrer Ziele und Strategien haben.**
Treibhausgas-Emissionen im Land sollen drastisch gemindert und ambitionierte Emissionsreduktionsziele festgelegt werden (THG-Reduktion von mindestens 65 % bis 2030, 95 % bis 2040).
- **Klimagerechtigkeit muss im baden-württembergischen Klimaschutzgesetz verankert werden.**
Sie muss als ressortübergreifende Querschnittsaufgabe besonders in den politischen Handlungsfeldern Industrie, Energie, Handel, Landwirtschaft, Umwelt, Wissenschaft und Bildung zum Tragen kommen.
- **Die Bewusstseinsbildung für Klimagerechtigkeit muss in Baden-Württemberg und in Regionen des Globalen Südens gestärkt werden.**
Die Vorteile erneuerbarer, dezentraler Energiesysteme und Energieeffizienzmaßnahmen sollen in Partnerschaftsprogrammen durch Best Practice-Beispiele sichtbar gemacht werden. Hierbei soll auch ein Technologie- und Know-how-Transfer in Länder des Globalen Südens mit Landesmitteln flankiert werden.

- **Klimapartnerschaften zwischen Globalem Süden und Norden sollen gestärkt werden.**
Das Engagement baden-württembergischer Städte und Gemeinden, die dem europäischen Klimabündnis beigetreten sind, muss weiter verbreitert und mit Landesmitteln flankiert werden.
- **Futtermittel- und Bioenergieimporte deutlich reduzieren, offensive Exportorientierung der europäischen und der deutschen Agrarpolitik bei Tier- und Milchproduktion beenden**
Die Landesregierung muss sich auf Bundes- und EU-Ebene zum Schutz wichtiger Kohlenstoffspeicher wie Regenwälder, Savannen und Feuchtgebiete sowie zur Ernährungssicherheit in vielen Anbauländern dafür einsetzen, dass Futtermittel- und Bioenergieimporte deutlich verringert und an die Einhaltung strikter Menschenrechts- und Nachhaltigkeitskriterien gebunden werden. Sie muss darauf hinwirken, die offensive Exportorientierung der EU und der deutschen Agrarpolitik zu beenden, um die weitere Zerstörung lokaler Märkte im Globalen Süden einzudämmen, z.B. durch eine Flächenbindung der Tierhaltung.